

Sozialer Zusammenhalt im demographischen Wandel

Christoph M. **Schmidt**, RWI, RUB und SVR, Juni 2013

In Deutschland hat die politische Diskussion über die zu erwartenden Auswirkungen des **demographischen Wandels** und die mit ihm verbundenen politischen Herausforderungen erheblich an Fahrt gewonnen. Er wird dabei häufig als nahezu schicksalhafte Bedrohung für den Erhalt des materiellen Wohlstands empfunden, was jedoch bei näherer Betrachtung übertrieben sein dürfte.

Grundsätzlich ist es zwar keine zielführende politische Strategie, den Wandel aufhalten oder seine Auswirkungen durch gezielte Eingriffe in das Marktgeschehen gleichsam außer Kraft setzen zu wollen. Aber es kann durchaus gelingen, die **Anpassungsfähigkeit** der Akteure und Märkte an die anstehenden Herausforderungen zu verbessern. Werden die wirtschaftspolitischen Weichen richtig gestellt, dann wäre es sehr wohl möglich, die positiven Aspekte des demographischen Wandels, insbesondere ein längeres gesundes Leben, ohne größere Einschränkungen zu genießen. Nur wenn die Politik diese Herausforderungen nicht annehmen sollte, bestehen die in der Öffentlichkeit häufig geäußerten Sorgen zu Recht.

Der durch die Abnahme der Anzahl der Erwerbstätigen bewirkte Rückgang des **Arbeitsvolumens** könnte auf unterschiedliche Weise abgefedert werden. Das heimische Potenzial lässt sich durch eine Verlängerung des Erwerbslebens, sowohl durch einen früheren Eintritt ins Erwerbsleben als auch durch einen späteren Austritt, also einen zusätzlichen Anstieg des gesetzlichen Renteneintrittsalters, erreichen. Die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze und die forcierte und konsequente Umsetzung der Idee des lebenslangen Lernens wären notwendige Maßnahmen dazu. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird bei der Verbesserung der Frauenerwerbsquote eine entscheidende Rolle spielen. Neben anderen Maßnahmen ließe sich insbesondere durch einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung die Erwerbstätigkeit von Frauen steigern.

Die **Migrationspolitik** für Nicht-EU-Ausländer sollte als festes politisches Instrument zur Steigerung des Arbeitsvolumens etabliert werden und stärker auf eine Anhebung des Bildungsniveaus der Zuwanderer ausgerichtet sein. Die Erfahrungen „klassischer“ Einwanderungsländer zeigen, dass eine Steuerung der Zuwanderung zumindest in einem gewissen Maße gelingen kann, wenn man ein Punktesystem einsetzt, um hohe Qualifikationen und Potenziale zu bevorzugen. Ein solches Auswahlverfahren sollte durch einen Anspruch auf rasche und bundesweite Bewertung und Anerkennung bereits im Ausland geleisteter Abschlüsse ergänzt werden. Ebenso bedeutsam sind internationale Bemühungen um junge Talente, die nach einer Grundausbildung in ihrem Ursprungsland ihre spezifische Ausbildung in Deutschland fortführen können und somit dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Bemühungen im **Bildungsbereich** sind aber auch für die einheimische Bevölkerung essentiell, um Deutschland im internationalen Vergleich im Hinblick auf das Bildungsniveau den Abbau der Ungleichheit von Bildungschancen voranzubringen. Hierzu hat der Sachverständigenrat zuletzt im Jahr 2009 ein umfassendes Konzept vorgelegt.

Die zukünftigen Wachstumsperspektiven für die deutsche Volkswirtschaft sind im historischen Vergleich recht bescheiden und die zukünftigen Erwartungen in absoluten Zahlen werden durch den demographischen Wandel gebremst. Maßgebliche Größe für die (materielle) Wohlstandsmessung sind aber nicht Niveau und Änderungen der absoluten Werte sondern die Entwicklungen des relativen Pro-Kopf-Einkommens. Durch einen fortwährenden technologischen Fortschritt kann auch in der Zukunft **Wachstum** generiert werden, denn nur ein hohes Wachstum der totalen Faktorproduktivität kann dafür sorgen, dass selbst bei einem Rückgang des Arbeitsvolumens die Grenzproduktivität des Kapitals steigen kann und so auf Seiten der Unternehmen Anreize für einen Ausbau des Kapitalstocks erhalten bleiben. Moderne Innovationspolitik beruht auf einer „flankierenden Wirtschaftspolitik“, die einen funktionierenden Wettbewerb gewährleistet und eine ansprechende Infrastruktur bereitstellt. Um ihrerseits die Infrastruktur für Innovationen durch eine umfassende Förderung des Dreiklangs „Bildung – Forschung – Wissenstransfer“ zu stärken.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** in Deutschland ist derzeit in doppelter Hinsicht prekär. Zum einen sind durch jahrzehntelangen Aufbau von Schulden hohe Schuldenstände im Vergleich zur Wirtschaftsleistung entstanden, die über das mittel- und langfristige als problemlos anzusehende Ausmaß deutlich hinausgehen. Zur Konsolidierung erscheint es plausibel, als Mittelfristziel die im Vertrag von Maastricht vorgesehene Schuldenstandsquote von 60 % des Bruttoinlandsprodukts anzustreben und vorwiegend auf der Ausgabenseite anzusetzen. Insbesondere können aber auch solche Maßnahmen dieses Unterfangen unterstützen, die ein höheres Wirtschaftswachstum unterstützen.

Der Sachverständigenrat hat im Jahr 2011 in Simulationsanalysen demonstriert, dass vom demographischen Wandel ein weiterer großer **Konsolidierungsbedarf** ausgeht, der sich auf 3,1 % des Bruttoinlandsprodukts beläuft. Denn um diesen Betrag müsste der staatliche Primärsaldo sofort und dauerhaft angehoben werden, um die Wirkungen des demographischen Wandels auf die öffentlichen Haushalte zu neutralisieren. Aktuell wäre somit selbst bei einer entschlossenen Konsolidierung, die für sich genommen ab dem Jahr 2016 eine langfristige Schuldenstandsquote von 60 % ergäbe, die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte nicht gesichert.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Ausmaß dieser Herausforderungen im Prinzip durch entschlossene Maßnahmen vermindert werden kann. Allerdings dürfte keine Maßnahme für sich allein genommen hinreichend sein, um die Wachstumsschwäche zu überspielen oder die Tragfähigkeitslücke zu überwinden. Die größten Herausforderungen wird der demographische Wandel dabei wohl für die öffentlichen Haushalte darstellen. Ein **langfristiger sozialer Zusammenhalt** kann somit nur mithilfe ökonomischer Effizienz und struktureller Reformen gesichert und gestärkt werden. Gerechte Bildungschancen und damit verbundene gestärkte Aufstiegschancen sind ein Mittel zur Aufrechterhaltung des sozialen Zusammenhalts. Eine Abkehr von der schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalters würde dagegen diesen Zusammenhalt langfristig massiv schwächen. Es böte sich an, eine an die Lebenserwartung angepasste, regelgebundene Anpassung einzuführen, sodass die Rente mit 69 im Jahr 2060 ein realistisches Szenario darstellt.